

Zur Krisenreaktion von Arbeitern

Prof. Dr. Rainer Zoll, geb. 1934, ist Professor für Gewerkschaftssoziologie an der Universität Bremen. Er war vorher Leiter der Pressestelle der IG Metall.

Enno Neumann, geb. 1950 in Aurich, studierte Politik, Soziologie und Wirtschaftslehre in Marburg und Bremen. Er war Mitarbeiter des Projekts „Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise“.

Daß viele Arbeiter sich die Lösung des Arbeitslosenproblems davon versprechen, die ausländischen Kollegen „rauszuschmeißen“, ist hinlänglich bekannt. Weniger bekannt ist, daß andere Arbeiter die Bedrohung, die Arbeitslosigkeit und Krise für sie darstellen, als Aggression auch gegen ihre arbeitslosen Kollegen und sogar auch gegen sich selbst richten.

Das Projekt „Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise“ hat sich die Aufgabe gestellt, die Wahrnehmung der Krise durch die Arbeiter und in einem zweiten Schritt ihre Krisenreaktion zu untersuchen. Im Abstand von zweieinhalb Jahren wurden Arbeiter aus stark krisenbetroffenen Betrieben des Schiffbaus und der Elektroindustrie sowie aus einem im Ausbau befindlichen Automobilwerk als Kontrastbetrieb interviewt. Ein Teil der Ergebnisse der ersten Interviewwelle wurde 1981 veröffentlicht.¹ Die Wahrnehmung der Krise wurde 1979/80 von zwei verschiedenen Formen der Wahrnehmung bestimmt:

¹ R. Zoll (Hrsg.), „Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise — Erster Bericht: Krisenbetroffenheit und Krisenwahrnehmung“, Bund-Verlag, Köln 1981

Die Formen der Krisenwahrnehmung

Die *reduktionistische Krisenwahrnehmung* zeichnet sich grundsätzlich durch ihren stereotypen Charakter aus, das heißt die Erklärungen der Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit stehen als öffentliche Sterotype zur Verfügung und können ohne viel Reflexion abgespult werden. Beispiele sind Argumentationen wie die folgenden: die Arbeitslosigkeit würde nur dramatisiert, die Arbeitslosen seien selber schuld, man müsse nur die Ausländer „rauschmeißen“.

Gesellschaftliche Probleme werden auf derart standardisierte Erklärungsmuster reduziert, daher nennen wir diese Wahrnehmungsformen reduktionistisch. Der Reduktionismus besitzt für die Individuen eine entscheidende Bedeutung, da er ihre soziale Identität bestätigt und stützt. Arbeitslosigkeit ist für Lohnabhängige dann kein „wirkliches“ Problem, die Arbeitslosen sind nur zu faul zum Arbeiten, oder für deutsche Arbeiter gibt es „deutsche“ Arbeitsplätze genug. Somit ist auch nicht daran zu zweifeln, daß man sich als Lohnarbeiter jederzeit angemessen reproduzieren könne. Diese selbstverschriebene Sicherheit ähnelt jedoch dem Pfeifen im dunklen Wald, denn sie kann die zugrundeliegende latente Verunsicherung nicht nur nicht verbergen, sie ist gerade ihr Ausdruck. Die reduktionistische Wahrnehmung hat für das Individuum die Funktion, die objektive Gefährdung nicht zum Thema zu machen, sondern sie psychisch so zu verarbeiten, daß sie die Identität als Lohnarbeiter stärkt und nicht in Frage stellt. Daher wird die Gefährdung entweder verleugnet und dadurch direkt reduziert oder als Problem auf Sündenböcke abgewälzt.

Genau entgegengesetzte Verarbeitungsmechanismen kennzeichnen die *thematizierende Wahrnehmungsform*. Sie machen die schwerwiegenden Folgen der Arbeitslosigkeit und der Krise für *alle* Lohnarbeiter zum Thema. Die finanziellen, sozialen und psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit werden empathisch angesprochen, die Verschärfung der Konkurrenz der Lohnarbeiter untereinander wird in ihrer negativen Wirkung beschrieben und dabei auch auf die zugrundeliegenden Verhältnisse einer Gesellschaft eingegangen, in der Arbeitskraft bloße Ware ist. Diese thematisierende Wahrnehmung stellt die Identität der betreffenden Lohnarbeiter auf eine harte Probe, denn sie verlangt das Aushalten von Angst und Ambivalenz; sie ist daher auch sehr viel seltener anzutreffen als die reduktionistische Form der Wahrnehmung.

Als zweieinhalb Jahre nach den Erstinterviews 1982 dieselben Arbeiter wieder interviewt wurden, hatten sich trotz der besonders in den ausgewählten Betrieben wesentlichen Verschärfung der Krise nur wenige Veränderungen in der grundsätzlichen, entweder reduktionistischen oder thematischen Wahr-

nehmung ergeben. Gleichwohl sind in einigen Fällen außerordentlich bedeutende Veränderungen festzustellen. Diese Veränderungen werden jedoch in ihrer Tragweite erst sichtbar, wenn die verschiedenen Argumentationsfiguren der Krisenwahrnehmung, der Krisenreaktion und der handlungsrelevanten Schlußfolgerungen nicht isoliert betrachtet, sondern in ihrem inneren Zusammenhang gesehen und analysiert werden. Diese Zusammenhänge erschließen sich in der hermeneutischen Interpretation von Einzelinterviews.² Die dabei gewonnenen Argumentations- und Handlungsmuster sind soziale Deutungsmuster, mit denen die Betroffenen die Realität verarbeiten. Ihr sozialer Charakter wird schon darin deutlich, daß sich bei den 120 Interviewten der zweiten Welle nur sieben Muster der Wahrnehmung und Deutung von Arbeitslosigkeit und Krise ausmachen ließen.

Soziale Deutungsmuster sind weder die willkürlichen Erfindungen der einzelnen Individuen noch bloßes Nachplappern der durch die Medien gelieferten Deutungsangebote, sondern Resultat der praktischen Auseinandersetzung der Arbeiter (aber auch aller anderen Mitglieder der Gesellschaft) mit der gesellschaftlichen Realität, das heißt sie sind das Ergebnis aktueller Lebenspraxis und des Sozialisationsprozesses. Die öffentlichen Deutungsangebote gehen natürlich in die so strukturierten Deutungsprozesse ein, bestimmen sie aber nicht, sondern verstärken sie; das können sie nur, weil sie selbst Versatzstücke sozialer Deutungsmuster sind und ebenfalls analogen, wenn auch oft spezifischen Produktionsbedingungen unterworfenen Prozessen der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität entspringen.

Die Verarbeitung der Phänomene Arbeitslosigkeit und Krise geschieht im Rahmen solcher sozialen Deutungsmuster. Einzelne Motive wie zum Beispiel die Forderung nach Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer in ihre Heimatländer geben zwar einen Hinweis auf bestimmte soziale Deutungsmuster, sie werden aber erst im Zusammenhang des jeweiligen Interviewtextes und damit auch im Zusammenhang verschiedener Argumentationsfiguren charakteristisch für ein solches soziales Deutungsmuster. Die im folgenden dargestellten sozialen Deutungsmuster beziehen sich nur auf einen bestimmten Ausschnitt sozialer Realität, nämlich auf ökonomische Krise und Arbeitslosigkeit. Sie können daher auf übergreifende gesellschaftliche oder gewerkschaftliche Handlungsorientierungen nicht ohne weiteres übertragen werden.

Soziale Deutungsmuster von Arbeitslosigkeit und Krise

Von den in der bisherigen Arbeit gefundenen sieben sozialen Deutungsmustern für Arbeitslosigkeit und Krise gehören fünf zur reduktionistischen Form

² Siehe R. Zoll, H. Bents, H. H. Braune, B. Geissler, E. Neumann, M. Oechsle, „Hauptsache, ich habe meine Arbeit - Krisenangst und Identität von Arbeitern“, erscheint im Frühjahr 1984 in der „edition suhrkamp“

der Krisenverarbeitung, eins weist auf thematisierende Formen der Verarbeitung hin, ein weiteres ist in seiner Struktur für die eine wie die andere Wahrnehmungsform offen. Im folgenden werden die sieben sozialen Deutungsmuster vorgestellt³:

1. Ökonomische Mechanismen

Dieses Deutungsmuster argumentiert zur Erklärung der Krise und der Arbeitslosigkeit ökonomisch, das heißt es werden ökonomische Mechanismen genannt, deren Auftreten oder Nichtfunktionieren zu krisenhaften Folgen führt. Im Kern dieses Deutungsmusters steht die Vorstellung von einem komplizierten Mechanismus, in dem die einzelnen Momente über vielfältige Beziehungen untereinander verbunden sind. Dies wird ausgedrückt in den Topoi „Das hängt alles miteinander zusammen“ oder „Da greift eines ins andere“. Wenn nun in diesem komplizierten Mechanismus irgendwo ein Fehler auftritt, ist es nach dieser Argumentation nur logisch, daß er sich auf das gesamte System auswirkt. Wurde als wichtige Krisenursache zur Zeit der Erstinterviews die sogenannte Ölpreiswelle genannt, so ist es inzwischen das US-amerikanische Zinsniveau. Aber auch die Weltmarktbedingungen allgemein, die Konkurrenz aus Japan und den „Schwellenländern“ werden erwähnt. Auf der Seite der Produktion ist es vor allem die zunehmende Rationalisierung, insbesondere die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, die als Ursache der Arbeitslosigkeit genannt wird.

Einige Interviewte erklären den krisenhaften Regelmechanismus zum Beispiel mit Überproduktion: Irgendwann ist der Markt für bestimmte Waren gesättigt; das kann bei einem Unternehmen beginnen, das seine Waren nicht mehr verkaufen kann und das selber wieder Zulieferbetriebe hat, und dessen Probleme somit eine ganze Kette von ökonomischen Schwierigkeiten nach sich ziehen; diese führen dann zu einer Erhöhung der Arbeitslosenzahlen. Umgekehrt wird auch unterkonsumtionstheoretisch argumentiert: Durch sinkende Kaufkraft der Lohnabhängigen verringert sich der Absatz. Dann muß die Produktion reduziert werden, was zu Arbeitslosigkeit und damit zu einer weiteren Verringerung der Kaufkraft führt, so daß es zu einer sich verstärkenden Rückkoppelung kommt.

Das zweite Charakteristikum dieses Deutungsmusters neben seiner ökonomisch-strukturellen Argumentation ist die Ansicht, daß Maßnahmen ergriffen werden können, die der Krise gegensteuern. Zumeist ist es der Staat, von dem diese Maßnahmen erwartet werden, aber die 35-Stunden-Woche oder die

³ Die Ergebnisse der Auswertung der zweiten Interviewwelle werden ausführlich dargestellt in R. Zoll u. a., „Die Arbeitslosen, die könnte ich alle erschießen - Arbeiter in der Wirtschaftskrise“, Bund-Verlag, Köln, erscheint im Frühjahr 1984

Erhöhung der Löhne, um die Kaufkraft zu stärken, soll von den Gewerkschaften durchgesetzt werden. Ansonsten fordert man Subventionen für notleidende Branchen, Umschulungsmaßnahmen, Herabsetzung des Rentenalters oder Zinssenkung - jeweils entsprechend den Ursachen, die den ökonomischen Krisenkreislauf in Bewegung gesetzt haben.

2. Kapital und Arbeit

Dieses Deutungsmuster argumentiert im Hinblick auf die Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit mit dem Klassengegensatz. Hier stehen sich Eigentümer des Kapitals und Lohnabhängige mit gegensätzlichen Interessen gegenüber. Die Kapitalisten sind im Besitz der Produktionsmittel und des „großen Geldes“, dem die Lohnabhängigen nur ihre Arbeitskraft und ihre Zahl entgegensetzen haben.

Krise und Arbeitslosigkeit resultieren in dieser Argumentation aus dem Profitstreben der Unternehmer. Diese produzieren immer mehr, um immer höhere Profite zu erwirtschaften. Und sie produzieren infolge von Rationalisierungen auch immer kostengünstiger. Diese Interviewten sind der Meinung, daß die Unternehmer auch in Zeiten der Prosperität Rationalisierungen durchführen, es in der Krise jedoch verstärkt tun. Während die zunehmenden Rationalisierungen direkt zu Entlassungen führen, kommt es zur Überproduktion, wenn die Kapazitäten im Verhältnis zur Nachfrage zu schnell gestiegen sind. In diesem Deutungsmuster wird also ein direkter Zusammenhang von unternehmerischem Profitstreben und Krise und Arbeitslosigkeit hergestellt.

Wenn auch die Argumentation auf der Seite der Produktion ansetzt, so wird doch auch auf die Anarchie des Marktes verwiesen, das heißt miteinander konkurrierende Einzelunternehmen sind nicht in der Lage, einen krisenfreien Verlauf der gesamten Ökonomie zu gewährleisten.

Die Krisenmaßnahmen, die im Rahmen des Deutungsmusters „Kapital und Arbeit“ gefordert werden, sind durch einen Interessengegensatz bestimmt, der sich an dem Wechselverhältnis von Lohn und Profit festmacht: Je höher die Gewinne der Unternehmer, desto niedriger sind die Löhne der Lohnabhängigen und umgekehrt. In diesem „Null-Summen-Spiel“ wird eine bessere Interessendurchsetzung der Lohnabhängigen und eine Verringerung der Arbeitslosenzahlen zu einer Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Wirtschaftswachstum ohne aktive Interessenpolitik seitens der Lohnabhängigen kommt in dieser Argumentation daher allein dem Kapital zugute.

In diesem Deutungsmuster wird eine aktive und kämpferische Interessenpolitik der Gewerkschaft verlangt, die auch und gerade in der Krise auf das Mittel des Streiks zur Durchsetzung ihrer Forderungen nicht verzichten dürfe. Unterschiede gibt es in diesem Deutungsmuster hinsichtlich der Einschätzung des Staates: Zwar sind sich die Interviewten darin einig, daß das Kapital den Staat für sich funktionalisiert habe oder diesen zumindest erpressen könne. Die geforderten Gegenmaßnahmen unterscheiden sich jedoch in der Einschätzung der SPD als Arbeiterpartei. Ein Teil geht von einer Interessenidentität von Arbeitnehmern, Gewerkschaften und SPD aus und fordert - vermittelt über eine Reformpolitik der Partei - eine stärkere Vertretung von Lohnarbeiterinteressen auf politischer Ebene. Ein anderer Teil lehnt die SPD dagegen ab, da sie sich als Volkspartei zu sehr dem Allgemeinwohl verpflichtet habe und daher genuine Arbeitnehmerinteressen nicht (mehr) verfolgen könne. Entweder über eine Veränderung der SPD oder über eine neu zu schaffende Arbeiterpartei soll daher eine Verstaatlichung der Großindustrie durchgesetzt werden. Die Beschränkung der Verstaatlichung auf die Großindustrie wird mit dem Hinweis auf die DDR begründet, in der sich eine Verstaatlichung kleinerer Betriebe als ineffizient herausgestellt habe.

3. Fatalismus

Ökonomische Krise und Arbeitslosigkeit werden in dem Deutungsmuster „Fatalismus“ als unabwendbare Folgen einer gesellschaftlichen Dynamik betrachtet, gegen die es keinerlei Möglichkeiten eines Eingriffs gibt. Sowohl der Staat wie Unternehmer und Gewerkschaften sind einem Sachzwang unterworfen, der sich mit unabwendbarer Konsequenz vollzieht. Vor allem ein „technischer Fortschritt“, der menschliche Arbeit zunehmend überflüssig macht und eine Überproduktion von Gebrauchswerten und damit die Existenz von Produktionskapazitäten, für die keinerlei Verwendung mehr besteht, werden als Ursachen der sich verschärfenden Krise und der Arbeitslosigkeit genannt.

Der Logik dieser Argumentation folgend werden von diesen Interviewten Maßnahmen zum Beispiel gegen die Arbeitslosigkeit als untauglich angesehen. Staat und Gewerkschaften haben weder die Instrumente noch die Kompetenz, um in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Zwar sind diese Arbeiter nicht gegen die 35-Stunden-Woche oder eine Vorverlegung des Rentenalters, aber einen Beschäftigungseffekt versprechen sie sich hiervon nicht. Viele Interviewte erklären, daß sich in dem prinzipiell unbeeinflussbaren Prozeß die Kapitalinteressen aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse noch am ehesten durchsetzen.

In der krassen Ausprägung dieses Deutungsmusters führt die gesellschaftliche Dynamik in eine Katastrophe, und zwar zum Krieg: Der in Form von Produktionsmitteln und Gebrauchsgütern „überschüssige“ Reichtum als Ursache von Krise und Arbeitslosigkeit wird in einem Krieg als destruktivster Form von „Reinigungskrise“ zerstört, um einen neuen Aufschwung zu ermöglichen. Diese Form der Krisenlösung wird zwar von den Interviewten keineswegs befürwortet, aber doch für eine unabwendbare Konsequenz gehalten.

Der Fatalismus, der die Sicht der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung bestimmt, ist bei diesen Interviewten nun keineswegs mit Apathie in ihren persönlichen Handlungsorientierungen verbunden. Soziales Engagement wird strikt abgelehnt, die verfügbare Energie wird dem eigenen beruflichen Fortkommen oder dem Familienleben gewidmet.

Gewerkschaftliche Gegenstrategien in der Krise werden von diesen Interviewten nicht unterstützt, die Einschränkung der kollektiven Reproduktionssituation der Lohnabhängigen gilt als unabwendbar.

4. Politik als Krisenursache

Ein Arbeiter mit der Staatsorientierung eines Bourgeois, eines unpolitischen Privatmannes, wie sie die übergroße Mehrheit der Arbeiter besitzt, wird in der Regel annehmen, daß der gesellschaftliche Prozeß ohne Schwierigkeiten abläuft, solange er nicht von innen oder außen durch regelwidrige Eingriffe gestört wird. Eine Gruppe von Arbeitern meint in der Logik dieser Annahme, Krisen könnten nur entstehen, wenn der Staat in das gesellschaftliche Geschehen fehlerhaft eingreife oder notwendige Eingriffe unterlasse. Die Palette dieser Kritik am Staatseingriff reicht von der pauschalen Erklärung „Das liegt an der ganzen Politik“ bis zur detaillierten Kritik an Gesetzesvorschriften.

Ein wichtiger Kritikpunkt richtet sich gegen die staatliche Finanzpolitik: „Man hat auch jahrelang ganz schön mit unserem Geld rumgeaast, hier Kredite, da Kredite“, und meint im einzelnen damit entweder die Entwicklungshilfe, die Rüstungsausgaben oder auch sozialpolitische Leistungen. Der Staat „hat nicht gerechnet“, er hat die Wirtschaft „überfordert“, er hat sie aus dem Gleichgewicht gebracht. Andere Kritikpunkte sind die amerikanische Hochzinspolitik sowie allgemein die Abhängigkeit von der amerikanischen Politik, die zu hohe Besteuerung der kleinen Betriebe und in vielen Fällen die staatliche Regelung der Arbeitsimmigration.

Es liegt in der Logik dieses Deutungsmusters, dem Staat die Aufgabe zuzuweisen, die Fehlentwicklungen, die er selbst verschuldet hat, zu korrigieren.

Da der Staat das „Geld verpulvert hat“, muß er jetzt strikt sparen. An erster Stelle wird hier die Entwicklungshilfe genannt. Viele fordern aber auch eine Umwidmung der Rüstungsausgaben. Da der Staat durch eine zu hohe Besteuerung der „Kleinbetriebe“ und des „kleinen Mannes“ die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht gebracht hat, muß er nun gegensteuern und vor allem die Industrieroboter besteuern. Die Ausländerpolitik muß durch entsprechende Maßnahmen korrigiert werden; wichtig ist es hier festzuhalten, daß die Forderung nach Einschränkung des Zuzugs von Ausländern bzw. nach ihrer Rückführung keineswegs immer mit rassistischen Argumenten begründet, eine solche Begründung sogar abgelehnt wird.

5. Direkte Reduktion der Krisenphänomene

Das Deutungsmuster der „direkten Reduktion“ hat mit der Erklärung der Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit die geringsten Probleme, denn diese werden einfach als nicht existent interpretiert. Da mögen allmonatlich Statistiken über Arbeitslosenzahlen in Millionenhöhe veröffentlicht werden, in der Argumentation dieses Deutungsmusters handelt es sich bei der überwiegenden Mehrzahl der Betroffenen nicht um „richtige“ Arbeitslose. Die Reduktion wird durch ein kunstvolles Herunterrechnen der Zahlen erreicht: Man zieht die Arbeitslosen ab, die mit 59 Jahren entlassen wurden und kurz vor der Rente stehen; Hausfrauen, die eine Halbtagsbeschäftigung suchen, „zählen“ hier nicht; und viele Arbeitslose wollen in dieser Argumentation schlicht keinen festen Arbeitsplatz, weil sie zum Beispiel durch Schwarzarbeit sehr gut „über die Runden“ kommen. Aber auch von den veröffentlichten Zahlen über offene Arbeitsstellen wird nicht viel gehalten, denn die Zahl der tatsächlich gesuchten Arbeitskräfte wird sehr viel höher angesetzt, als sie von den Arbeitsämtern zur Meldung gebracht wird. So verbleibt noch ein Rest von vielleicht einigen hunderttausend Arbeitslosen, „und die haben wir schon immer gehabt“.

Auch die ökonomische Krise wird darauf reduziert, daß sie nur einige Branchen, vor allem die Baubranche beträfe und daß es Schwierigkeiten in dieser Hinsicht schon immer gegeben habe. Auf den ersten Blick könnte man vermuten, daß hier die Ansicht herrscht „Kein Grund zur Aufregung“. Diese Interpretation erweist sich jedoch als trügerisch. So schaut ein Arbeiter, der der Meinung ist, daß es genügend Arbeitsplätze für alle gibt, jeden Tag in die Zeitung, um sich hiervon in seinem persönlichen Fall auch zu überzeugen. Angesichts der Verunsicherung über die berufliche Zukunft versucht man sich zu beruhigen, indem man dem Problem der Arbeitslosigkeit seinen allgemeingesellschaftlichen Charakter abstreitet. So wird argumentiert, daß man selber keinen Arbeitslosen kenne oder noch nie einen Arbeitslosen gesehen habe. Diese Argumentationsfigur findet sich auch bei Interviewten, die selbst schon

arbeitslos gewesen sind und zum Beispiel erklären, daß sie bei einer Entlassung aufgrund ihres Alters wohl keinen Arbeitsplatz wiederfinden werden.

Arbeiter mit diesem Deutungsmuster wenden sich also gegen jede Dramatisierung von Krise und Arbeitslosigkeit und verweisen auf andersgeartete persönliche Erfahrungen.

6. Unterwerfung

In diesem Deutungsmuster werden die Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit allgemein in den zu hohen Lohn- und Lohnnebenkosten gesehen. Da sich hieraus für die Unternehmer zu hohe Belastungen ergeben, sind sie entweder vom Konkurs bedroht oder zu arbeitsplatzsparenden Rationalisierungen gezwungen, woraus sich in der Folge eine ökonomische Krise und Arbeitslosigkeit ergeben.

In diesem Deutungsmuster herrscht also die Furcht vor, daß die Unternehmer in der Krise nicht mehr in der Lage sein könnten, die notwendigen Lohnkosten aufzubringen: „Wo nehmen die (Unternehmer) das viele Geld her im Monat, was sie auszahlen müssen. Mein Bruttolohn liegt bei 3200 DM. ... Das ist aber eine Masse Geld. Gut, keiner will was missen, gut, mach ich den Anfang. 50 Pfennig weniger der allgemeine Arbeiter.“

Zur Abwendung der Krisengefahr wird ein allgemeines Zurückstecken bei den Lohnabhängigen gefordert. Zurückstecken heißt Lohnverzicht, wie in dem obigen Zitat deutlich wird, aber auch Verzicht auf Streik, da ja ohnehin keine Forderungen durchgesetzt werden sollen. In dem Bemühen, das Unternehmen finanziell nicht zu belasten, schränken Arbeiter mit diesem Deutungsmuster nicht nur ihr Lohninteresse ein, sondern stellen auch ihre anderen Interessen zurück; beispielsweise gehen sie krank zur Arbeit, was sie auch von ihren Arbeitskollegen fordern. „Ich meine, ich geh auch noch mit Fieber zur Arbeit...Ich weiß, daß wir uns selbst damit schaden, wenn wir krank zur Arbeit gehen. Aber das ist meine Einstellung, und ich kann ja nicht gegen meine Einstellung handeln. Und wenn das jeder machen würde..., dann wäre uns schon mit geholfen.“ Dieses Handeln im Interesse des Unternehmens ist nun keine bloße Unterwerfung, weil in den meisten Fällen deutlich wird, daß man sich damit auch eine bessere Ausgangsstellung gegenüber den Kollegen in der Konkurrenz um einen Arbeitsplatz zu verschaffen hofft: „Ich muß sehen, daß ich überlebe.“

Die Unterwerfung unter die Unternehmensinteressen soll also der eigenen Interessendurchsetzung dienen. Darin wird deutlich, wie tief bei diesen Inter-

viewten die existentielle Verunsicherung durch Krise und Arbeitslosigkeit steckt. Die Form ihrer Interessendurchsetzung schlägt hier gegen die Betroffenen selbst zurück, indem sie gravierende Einschränkungen in ihrem Lebensstandard und in ihrer Gesundheit hinnehmen und selbst durchsetzen - in der vagen Hoffnung, nicht als Arbeitsloser gänzlich auf der Strecke zu bleiben. Dafür sind sie bereit, „alles zu machen“.

7. Sündenböcke

- Das Sündenbock-Deutungsmuster ist gesellschaftlich besonders relevant,
- weil ein Fünftel der interviewten Arbeiter zum Untersuchungszeitpunkt diesem Deutungsmuster zuzurechnen sind,
 - weil es ein Potential für autoritäre Entwicklungen der Gesellschaft darstellt,
 - weil fast alle anderen Deutungsmuster durch dieses Deutungsmuster ersetzt oder dominiert werden können, was natürlich keine zwangsläufige Entwicklung unterstellt.

Während bei den Deutungsmustern drei bis fünf die Krisenphänomene entweder direkt reduziert oder auf stereotype Deutungen zurückgeführt werden, wird im Sündenbock-Deutungsmuster eine indirekte Reduktion vorgenommen, das heißt eine Verlagerung der Betroffenheit in Form von projektiver Schuldzuweisung. Die Ursachen von Krisenphänomenen werden personalisiert; bestimmte Personengruppen werden für Arbeitslosigkeit und Krise verantwortlich gemacht. Die einen finden die Ursache der Krise in der „Bequemlichkeit der Arbeitssuchenden“, sie halten also die Arbeitslosen schlicht für faul; die anderen erklären, es handele sich um eine „aus der Türkei importierte Arbeitslosigkeit“ und geben somit den ausländischen Arbeitnehmern die Schuld. Bei den ersteren beruht die Schuldzuweisung an die Arbeitslosen auf einem ausgeprägten Leistungsbewußtsein, das sie zu der Annahme verführt, „wer arbeiten will, der findet auch Arbeit“. Daraus schließen diese Arbeiter umgekehrt, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten wollen. Die Logik des Deutungsmusters treibt nun dazu, die Schuldigen zu bestrafen.

Als Maßnahmen gegen die Krise werden die Verschärfung der Kontrollen und der Zumutbarkeitsregelungen und nicht selten die Einführung eines Arbeitsdienstes gefordert. Der Staatseingriff erhält also einen ausgesprochen autoritären Charakter. Im Sinne dieses Deutungsmusters versagt der Staat, weil er sich den Arbeitslosen gegenüber zu tolerant verhält. Daher soll der schwache Staat durch einen starken Staat ersetzt werden.

In der Variante dieses Deutungsmusters, in der den ausländischen Arbeitnehmern die Schuld an Arbeitslosigkeit und Krise gegeben wird, steht eben-

falls der starke Staat am Schluß der Argumentation. Die Ausländer werden allerdings von vornherein aus der Gemeinschaft derer, die Anrecht auf einen Arbeitsplatz haben, ausgegrenzt. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird zu einem Ausländer-Problem. Gäbe es die Ausländer nicht, gäbe es auch keine Arbeitslosigkeit. Der Staat muß nun dafür sorgen, daß die Förderung „Ausländer raus“ in die Tat umgesetzt wird.

In engem Zusammenhang mit der Sündenbock-Argumentation steht das Motiv der Überfremdung, das wie in der Zeit vor dem Dritten Reich das Gefühl der Heimatlosigkeit und der Bedrohung durch das Fremdartige wieder aufleben läßt. „Da hören Sie ja nur ausländisch!“ Die Logik dieses Deutungsmusters gebietet es, daß die Schuld der Ausländer an der Arbeitslosigkeit durch ihre Bestrafung getilgt wird, sie müssen rigoros abgeschoben und damit zugleich die drohende Überfremdung der „Heimat“ abgewendet werden.

Deutungsmusterwechsel als Krisenreaktion

Wenn nun die Veränderungen dieser Deutungsmuster untersucht und solche Veränderungen als Krisenreaktion bezeichnet werden, so muß einschränkend festgehalten werden, daß diese Deutungsmuster bereits selbst in vielen Fällen Formen der Verarbeitung von Krise darstellen und somit Krisenreaktion sind. Grundsätzlich muß man auch davon ausgehen, daß Deutungsmuster eine hohe, wenn auch relative Stabilität besitzen. Es handelt sich ja um Verarbeitungsmuster von Realität, die das Individuum sich in langen Jahren angeeignet hat und nicht von heute auf morgen wechseln wird. Trotzdem kann die Konfrontation des Deutungsmusters mit der sich verändernden Realität zu Inkompatibilitätsproblemen führen, das heißt das Deutungsmuster scheitert in der alltäglichen Lebenspraxis an seiner Aufgabe, einen Sinnzusammenhang zu stiften; es erweist sich nicht mehr als geeignet, die veränderte gesellschaftliche Realität zu verarbeiten, was letztlich dazu führt, daß das Deutungsmuster sich verändert.

Solche Veränderungen folgen in der Regel einer Entwicklungslogik, die in den Deutungsmustern selbst schon angelegt ist. Diese Entwicklungslogik steht verständlicherweise in engem Zusammenhang mit dem grundsätzlich reduktionistischen oder thematisierenden Charakter des Deutungsmusters.

Die empirisch festzustellenden Veränderungen der dargestellten sozialen Deutungsmuster ergeben folgende Tendenzen:

- die Verstärkung der reduktionistischen Wahrnehmungsform,
- eine zunehmende und in ihren Inhalten veränderte Erwartungshaltung gegenüber dem Staat,

- eine starke Zunahme von fatalistischen Einschätzungen der Handlungsmöglichkeiten in der Krise.

Besorgniserregend ist, daß alle dargestellten Deutungsmuster mit Ausnahme des zweiten eine Entwicklungslogik hin zu aggressiven Deutungsmustern in sich tragen.

Als die labilsten Deutungsmuster erweisen sich das erste und das letzte. Einige Interviewte, die zunächst die Ursachen von Krise und Arbeitslosigkeit in den ökonomischen Strukturen sahen, forderten vom Staat Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise. Nachdem die Maßnahmen ihrer Meinung nach ausgeblieben sind oder aber die falschen Maßnahmen ergriffen wurden, geben sie dem Staat selbst die Schuld am Zustandekommen von Krise und Arbeitslosigkeit. Die Enttäuschung über den ausgebliebenen Erfolg der Politik schlägt um in eine Schuldzuweisung an den Staat. Die bereits bestehende Erwartungshaltung gegenüber dem Staat wird noch gesteigert, denn nun soll der Staat durch seine Politik die Fehler der Vergangenheit korrigieren.

Andere Arbeiter, die in der ersten Interviewwelle im Rahmen des letzten Deutungsmusters argumentierten und den Arbeitslosen selbst die Schuld an ihrer Arbeitslosigkeit gaben, messen nun dieser Schuldzuweisung eine geringere Bedeutung zu. Angesichts der erwarteten oder eingetretenen eigenen Betroffenheit sehen sie vielmehr auch für sich nur geringe Chancen einer erfolgreichen Abwehr der Krisenbetroffenheit und argumentieren jetzt im Sinne des Deutungsmusters „Fatalismus“. Nur sehr wenige Interviewte geben das Sündenbock-Deutungsmuster auf und argumentieren stattdessen mit ökonomischen Mechanismen zur Erklärung von Krise und Arbeitslosigkeit.

Hinzuweisen ist weiterhin auf Veränderungstendenzen, die sich innerhalb bestimmter Deutungsmuster vollziehen, also keinen Deutungsmusterwechsel darstellen, jedoch gesellschaftlich relevant sind:

- Die Verwandlung des zweiten Deutungsmusters („Kapital und Arbeit“) in ein bloßes Gesellschaftsbild. Unter dem Einfluß wiederholter negativer Erfahrungen - etwa immer neuer Mißerfolge bei dem Versuch der Durchsetzung einer aktiven gewerkschaftlichen Politik im Betrieb oder dem Scheitern von politischen Aktionen - verändert sich die Handlungsorientierung und wird passiv. Die Resignation vieler älterer Arbeiter ist Resultat eines solchen Veränderungsprozesses.
- Die Tendenz im Deutungsmuster „Fatalismus“ hin zu einer größeren Akzeptanz autoritärer Lösungen und von Kriegen. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen werden von diesen Interviewten zwar nicht befürwortet, aber doch für unabwendbar gehalten.

Insgesamt ist von der ersten zur zweiten Interviewwelle eine starke Zunahme der reduktionistischen Deutungsmuster festzustellen. Die Relevanz der Deutungsmuster der aggressiven Angstabwehr wird durch die „fatalistische Wendung“ nur leicht verringert, weil diese Wendung nicht zur Aufgabe der Sündenbock-Argumentation führt; die aggressive Schuldzuweisung wird in diesem Fall in das „Fatalismus“-Deutungsmuster integriert.

Die Deutungsmuster der aggressiven Angstabwehr sind in ihrer Entwicklungslogik begrenzt; sie können sich zwar verändern, aber damit hat sich das autoritäre Potential nicht verringert. Zuspitzungen der in dem Sündenbock-Deutungsmuster vorhandenen autoritären Tendenzen zu offen faschistischen sind nicht auszuschließen; das setzt allerdings eine Veränderung des öffentlichen Klimas voraus, denn es handelt sich um „Mitläufer“ und nicht um „Führer“.

Dieser Befund muß um so mehr zu denken geben, als nicht nur die Deutungsmuster selbst diese Entwicklungsrichtung anzeigen. Denn die „Mitläufer“ werden noch bestärkt durch die „Taylorisierung der Verantwortung“, wie W. Lempert sie für großbetriebliche Arbeitsorganisationen beschrieben hat.⁴ Die losgelassene Rationalität der durchorganisierten Teilprozesse übertönt hier die Irrationalität des Ganzen, das um so unmenschlicher wird, je effektiver jene funktionieren. Und diese instrumentelle Vernunft ist nicht auf die Organisation von Betrieb und Verwaltung beschränkt, der Konkurrenzmechanismus hat sie schon in jede Pore des Alltags geschwemmt und das Individuum selbst tayloristisch zerteilt. „Der totalitäre Versuch, die Natur zu unterwerfen, reduziert das Ich, das menschliche Subjekt, auf ein bloßes Instrument der Unterdrückung“.⁵

Wichtiges empirisches Ergebnis der Untersuchung ist, daß der Mensch nicht nur nach außen, also gegenüber anderen Menschen und gegenüber der Natur, sondern auch nach innen, also gegenüber sich selbst, seiner Natur, seinen affektiven und kognitiven Bedürfnissen als „bloßes Instrument der Unterdrückung“ funktioniert. Die Unterdrückung, die den Individuen angetan wird, fügen sie sich - indem sie sich in den reduktionistischen Deutungsmustern das Denken und die Sensibilität verwehren - auch noch selbst zu. Denn die Reduktion auf stereotype Erklärungsformeln ist das Gegenteil von Denken, von Erkenntnis, Aggression das Gegenteil von Sensibilität.

Horkheimer hatte erkannt, woran es fehlt, um diese Mechanismen, diese Verhältnisse zu ändern: es fehlt an „Menschen, die wissen, daß sie selbst die

⁴ Siehe W. Lempert, „Taylorisierung der Verantwortung“, in: „Frankfurter Hefte“ Nr. 8/83

⁵ M. Horkheimer, „Zur Kritik der instrumentellen Vernunft“, in: „Kritische Theorie der Gesellschaft“, Frankfurt/M., 1968, S. 258

Subjekte und Handlanger ihrer Unterdrückung sind. Mit der Vorstellung von der ‚Unreife der Massen‘ ist nichts getan, ja, sie gehört selbst mit zur Apparatur. .. Das Bewußtsein, daß gerade in diesem Augenblick alles vom richtigen Gebrauch der Autonomie des Menschen abhängt, könnte die Kultur vor ihrer drohenden Entwürdigung durch ihre konformistischen, unzuverlässigen Freunde oder ihrer Vernichtung durch die Barbaren im Innern schützen“.⁶ Dies klingt nicht ohne Grund philosophisch eingedenk dessen, daß „Treue zur Philosophie bedeutet, es der Angst zu verbieten, daß sie einem die Denkfähigkeit verkümmern läßt“.⁷

Die hermeneutische Interpretation von Einzelinterviews hat in allen Fällen, in denen ein reduktionistisches Deutungsmuster vorherrscht, als Erklärung dieses Deutungsmusters die eine oder andere Form der Verarbeitung, in diesem Fall der Abwehr von Angst ergeben. Die Krise steigert die auch in „normalen“ Zeiten mit der Lohnarbeiterexistenz verbundene Existenzangst derart, daß sie von vielen Arbeitern abgewehrt, verdrängt wird. Nur wenige Arbeiter - und sie haben thematisierende Deutungsmuster - gestehen sich ihre Angst ein und versuchen, offen mit ihr umzugehen. Der Zusammenhang zwischen Angst, der Form ihrer Verarbeitung und „Denkfähigkeit“ - wie Horkheimer es ausdrückt - ist in diesem Sinn eindeutig. „Angst macht dumm“, sagt schon der Volksmund - dem gegenüber allerdings zu präzisieren ist, daß es die bestimmte Form der Verarbeitung von Angst ist, die die Entstehung der reduktionistischen Deutungsmuster begünstigt.

Gewiß können auch Veränderungen der sozialen Realität Anstöße zu Veränderungen der reduktionistischen Deutungsmuster im Sinne ihrer tendentiellen Auflösung geben. Solange jedoch die psychischen Grundstrukturen den Mechanismen der Abwehr, der Verdrängung verhaftet bleiben, wird die in der Untersuchung konstatierte Logik der Entwicklung zu reduktionistischen, ja faschistoiden Deutungsmustern vorherrschen.

Der Kern ist die Verarbeitung der sozialen Angst. Hier ist den bereits in dem Beitrag „Krise und Solidarität“⁸ ausgeführten Grundgedanken nur wenig hinzuzufügen. Die Form der Angstverarbeitung ist zunächst einmal eine individuelle, erweist sich jedoch als zugleich überaus gesellschaftlich: sie ist individuell, weil in all ihren Besonderheiten nur aus Sozialisation und Lebenspraxis des Individuums erklärbar; sie ist gesellschaftlich, weil ihre Strukturen aufs engste mit den gesellschaftlichen zusammenhängen, ihr Produkt sind und zugleich diese wieder reproduzieren. Daher ist die Veränderung von Formen der

6 Ebd.

7 Ebd.

8 Siehe Rainer Zoll, „Krise und Solidarität“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte“, Nr. 4/82, S. 222 f.

Angstverarbeitung letztlich die Sache des Individuums selbst, wobei nun alles davon abhängt, daß es den „richtigen Gebrauch“ von der „Autonomie des Menschen“ macht. Existenzkrisen - und Wirtschaftskrisen konstituieren immer zugleich individuelle Existenzkrisen - sind Momente der Lebenspraxis, in denen ein solcher „richtiger Gebrauch der Autonomie“ gefordert und möglich ist.

Die Gesellschaftlichkeit der individuellen Krisen- und Angstsituation zeigt sich aber auch darin, daß die Hilfe, oft das bloße Dasein anderer, die die Angst verstehen und dem Geängstigten beistehen, ein wesentlicher Beitrag zu einer positiven Angstverarbeitung, das heißt einer Auflösung reduktionistischer Deutungsmuster sein kann.

Für die Arbeiterbewegung bedeutet das, daß sie - vor allem auf der Ebene des Betriebes - um eine Wiederbelebung des gewerkschaftlichen Grundgedankens der Solidarität kämpfen muß. Sie muß darum kämpfen, denn es geht auch um ihre Existenz. Sie kann ihre Krise nur überwinden, wenn sie den verhängnisvollen Zusammenhang von Schutz und Herrschaft auflöst - Schutz gegen Arbeitsplatzverlust kann sie ohnehin nicht bieten. Anstelle des sowieso nur teilweise einlösbaren Schutzversprechens der gewerkschaftlichen Apparate müßte die konkrete Utopie der Solidarität der Lohnarbeiter in der Alltagspraxis treten. Eine solche Alltagssolidarität trägt in sich die Hoffnung auf eine Auflösung der reduktionistischen Deutungsmuster, also auf eine Veränderung der einzelnen Individuen wie des Ganzen der Gesellschaft.